

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
09. März 2011
- 3 Information zur Entwicklung Brauhausberg
Rederecht Bürgerinitiative
- 4 Papierlose Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 10/SVV/1063
Fraktion DIE LINKE
- 5 Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam
Vorlage: 10/SVV/1078
Gruppe Die Andere
- 6 AVUS- / Fernbahnstreckensanierung
Vorlage: 11/SVV/0133
Fraktion DIE LINKE
- 7 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 11/SVV/0152
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
- 8 ÖPP in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0117
Fraktion FDP
auch Werksausschuss KIS
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbe-
reiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmal-
pflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei
der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"
- 9.2 Beschlusskontrolle
Vorlage: 11/SVV/0187
Oberbürgermeister
- 9.3 Übersicht Petitionen 2010
Vorlage: 11/SVV/0127
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 9.4 Prüfung Erweiterung Sponsoringberichterstattung auf städtische Mehrheitsbeteiligungen
Vorlage: 11/SVV/0116
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 9.5 Rechte von Kindern
Vorlage: 11/SVV/0129
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 9.6 Information zur Neuverlegung der Hochspannungsleitung in Marquardt
- 9.7 Ausschreibung hinsichtlich der Vergabe von Management- und Marketingleistungen für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse
Vorlage: 11/SVV/0267
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. März 2011

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister über den Antrag auf Rederecht der Bürgerinitiative „Pro Brauhausberg“ für Frau Daniela Kriegbaum zum TOP **3** – Informationen zur Entwicklung am Brauhausberg. Der Oberbürgermeister stellt den Antrag auf Rederecht zur Abstimmung; dem Antrag der Bürgerinitiative wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Fraktion DIE LINKE bittet, den TOP **6** zurückzustellen, da aus terminlichen Gründen kein Vertreter des VBB vor Ort sein könne. Frau Dr. Schröter informiert, dass für Herrn Franz ein Vertreter bestimmt sei, der an der nächsten Sitzung teilnehmen könne und bittet, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung aufzunehmen. Der Oberbürgermeister sagt zu, sich auch seinerseits um die Einladung des VBB zu kümmern.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird um die Zurückstellung des TOP **9.4** bis zur der Sitzung am 13.04.11 gebeten, da dazu unabhängige Experten aus Korruptionsprävention und Wissenschaft im Ausschuss gehört werden sollen.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt im Weiteren vor, die Tagesordnung um den Punkt „**Tierheim**“ bezüglich des Grundstückes in der Marquardter Straße in Fahrland zu erweitern. Die Behandlung dieses Punktes, so der Oberbürgermeister, soll als Punkt **6** erfolgen.

Die ebenfalls von der Fraktion DIE LINKE erbetene Information zur Benkertstraße 1 solle anstelle des TOP 9.4 gegeben werden.

Herr Schüler merkte an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um eine Information bezüglich der „Babelsberger Live Nacht“ gebeten habe, die der Oberbürgermeister unter Sonstiges zusagt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 45. Sitzung des Hauptausschusses vom 09. März 2011 gibt es keine Hinweise und Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 Information zur Entwicklung Brauhausberg

Rederecht Bürgerinitiative

Eingangs erhält Frau Kriegbaum das von der Bürgerinitiative beantragte Rederecht. Sie erläutert die Argumente der Bürgerinitiative für den Erhalt des Standortes Brauhausberg ohne weitere Bebauung unter Berücksichtigung seiner historischen Entwicklung, aber mit einem Sport- und Freizeitbad. Sie fordert die Einbeziehung der Bürgerschaft als zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Stadtumbauprozess. Deshalb solle der Oberbürgermeister in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die städtebauliche Entwicklung des Brauhausberges eintreten und diese aktiv in Planungen mit einbeziehen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er es für notwendig erachte, den Stadtverordneten und den Bürgern den Planungsstand darzustellen und einen Exkurs in die bisherige Entscheidungsfindung zu unternehmen. Im Mai werde es eine Bürgerversammlung geben, in der die Pläne für den Brauhausberg vorgestellt werden würden. Der Dialog mit den Bürgern werde nicht verwehrt, sondern die Stadt wolle in diesen eintreten. Er bittet Herrn Klipp, die einzelnen Verfahrensschritte, wie und wann welche Entscheidungen getroffen wurden, zu rekapitulieren.

Herr Klipp betont, dass man das nicht losgelöst von der Entwicklung der Speicherstadt betrachten könne und der Prozess nicht erst im Sommer 2009 begonnen habe, sondern sehr viel früher. Da er zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Amt gewesen sei, sollen Herr Goetzmann und Herr Vollbrecht dies erläutern. Herr Vollbrecht sei der Vertreter des vom Oberbürgermeister beauftragten Unternehmens als Koordinator und Moderator des Prozesses.

Herr Vollbrecht erläutert an Hand visueller Darstellung die Entwicklung von Anfang der 90er Jahre bis zur Sitzung des Gestaltungsrates am 24. März 2011, die gewählten Verfahren und den darin einbezogenen Personenkreis. Die Ausführungen werden von Herrn Goetzmann ergänzt, auch unter dem Hinweis,

dass eine Bürgerbeteiligung für Mitte des Jahres 2011 geplant sei. Darauf Bezug nehmend betont der Oberbürgermeister, dass es zur Entwicklung dieses Standortes eine intensive Diskussion gegeben habe und das nicht hinter verschlossenen Türen, sondern unter Einbeziehung von Fachleuten, der Politik und der Denkmalpflege. Ein ebenso transparentes Verfahren habe es bezüglich der „Badentscheidung“ gegeben, die auch in öffentlicher Veranstaltung dargestellt worden sei.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob Vertreter der Stadtwerke anwesend seien, verneint der Oberbürgermeister. Daraufhin merkt Herr Scharfenberg an, dass das zum „unmöglichen Umgang mit der Badgeschichte“ gehöre. In seinen weiteren Ausführungen bedankt er sich für die Informationen zur Speicherstadt und merkt an, dass dazu wirklich viele Diskussionen stattgefunden hätten und die Stadtverordnetenversammlung hier „ordnend“ eingegriffen habe. In den Ausführungen von Herrn Vollbrecht sei aber auch deutlich geworden, dass zwischen den Vorbereitungen in der Speicherstadt und beim Brauhausberg „Welten“ liegen. Genau darauf habe die Bürgerinitiative aufmerksam gemacht und die Einbeziehung der Bürger gefordert. Er meine, man sei jetzt an einem Punkt, wo man innehalten könne und sollte, da noch keine Entscheidung getroffen sei, die nicht rückgängig gemacht werden könne. Die mit der Entscheidung zum Badstandort auf dem Gelände des BUGA-Parkes avisierten Synergien mit der Biosphäre gebe es nicht mehr, denn die Biosphäre werde verkauft. Außerdem fehle für diesen Standort die Akzeptanz. Deshalb solle geprüft werden, welche Bebauung am Brauhausberg möglich und angeraten sei, sollten die Kosten gegenübergestellt und die Standorte für den Badneubau geprüft werden. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE gebe es für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass hier zwei Dinge zu unterscheiden seien – zum einen habe die Stadtverordnetenversammlung Entscheidungen getroffen, die bestimmte Verfahren ausgelöst hätten – das müsse man zur Kenntnis nehmen. Auch er hätte sich eine zu diesem Zeitpunkt entscheidungsreife Vorlage gewünscht, die nun aber erst im Sommer vorliegen werde. Was nicht gehe, sei, mitten im Verfahren „rauszuspringen“. Worüber man diskutieren könne, ist, wie die Bebauung am Brauhausberg aussehen solle, wobei in der jetzigen Diskussion immer eine hohe Bebauungsdichte unterstellt werde. Er verweist darauf, dass der erste Entwurf zur Bebauung abgelehnt worden und zu überarbeiten sei, um den städtebaulichen Zusammenhang zwischen Speicherstadt und Brauhausberg herzustellen und Sichtachsen zu berücksichtigen. Dabei rede man über Bauhöhen, über die Bebauungsdichte und die Grünflächen. Über das Bebauungsplanverfahren sei eine aktive Bürgerbeteiligung möglich – das aber scheine hier nicht auszureichen, um die Entwicklungsschritte nachvollziehen zu können. Hier sei er sich bewusst, dass die Stadt in der Informationspflicht sei, so dass es eine Bürgerversammlung im Mai geben werde und danach das B-Plan-Verfahren. Zur Ehrlichkeit, so meine er, gehöre aber auch, sich vor Augen zu führen, wo Entscheidungen getroffen wurden, wo man etwas zurückholen könne und wo eine Beteiligung möglich sei. Die Stadt habe hier gehandelt, um den städtebaulichen Missstand zu beseitigen – er habe kein Problem damit, die genannte Veranstaltung mit der Bürgerinitiative vorzubereiten.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird die Frage diskutiert, inwieweit der Bürgerinitiative die Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt werden könne. Diese, so Herr Goetzmann, sei auf der Homepage der Stadt abrufbar – sie könne auch verlinkt und verteilt werden. Was nicht zugelassen werden könne sei, dass veränderbare Unterlagen die Stadtverwaltung verlassen.

In der weiteren Diskussion geht es um Zahlenmaterial, welches in der Machbarkeitsstudie verwendet wurde und nach Ansicht der Vertreter der Bürgerinitiative seien diese offengelegten Zahlen manipuliert. Der Oberbürgermeister weist diese Vorwürfe zurück und sagt eine Klärung der Missverständnisse zu.

zu 4 **Papierlose Stadtverordnetenversammlung**
Vorlage: 10/SVV/1063
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Müller schlägt dazu vor, den Beschlusstext in der Art zu modifizieren, dass nur der erste Absatz mit einer Terminänderung - 31. August 2011 – erhalten bleibt. Die in den Punkten 1 – 4 erläuterten Anforderungen an das System sollen im Beschlusstext gestrichen, aber in die Prüfung mit einbezogen werden. Wenn die möglichen Varianten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen in der erbetenen Mitteilungsvorlage dargestellt seien, könne man überlegen, wie weiter damit umzugehen sei.

Da sich kein weiterer Redebedarf ergibt, stellt der Oberbürgermeister den so geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung **zur Sitzung am 31. August 2011** in einer Mitteilungsvorlage darzustellen, wie der Arbeits- und Umsetzungsstand zur Weiterentwicklung des RIS im Sinne der Zielstellung einer „papierlosen“ Stadtverordnetenversammlung ist. Dabei sollen der Zeithorizont und die notwendigen Schritte zur Realisierung dargestellt werden.

~~Anforderungen an dieses System sind unter anderem:~~

~~-~~

~~1.) Die Funktionen des Ratsinformationssystems werden dahingehend erweitert, dass die Vorlagen zu allen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse jeweils gesammelt als Ordner zum Download zur Verfügung gestellt werden. Es soll eine Beschlusskontrolle integriert werden, aus der erkennbar ist, an welcher Stelle sich die jeweiligen Vorlagen im Geschäftsgang befinden.~~

~~2.) Der Versand der Sitzungseinladungen erfolgt per Mail. Dabei werden die Vorlagen, die Beratungsgegenstand sind, jeweils direkt ins RIS verlinkt.~~

~~3.) Den Stadtverordneten wird für die Dauer ihres Mandats ein Netbook zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug entfällt die Ausreichung aller Unterlagen in Papierform. Dabei wird den Stadtverordneten ein Wahlrecht zwischen dem bisherigen und dem elektronischen Verfahren eingeräumt. Die Ausreichung der Unterlagen im elektronischen Verfahren erfolgt per Mailversand.~~

~~4.) Die Finanzierung soll durch eine entsprechende Umschichtung von Mitteln im Etat der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 5 **Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam**
Vorlage: 10/SVV/1078
Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die in der letzten Sitzung empfohlene Überarbeitung des Antrags und bittet Frau Heigl, für die Gruppe Die Andere dazu Stellung zu nehmen. Frau Heigl verweist ihrerseits darauf, dass noch einige Fragen aus der letzten Sitzung offen seien, die jetzt beantwortet werden sollten.

Herr Westphal erläutert an Hand visueller Darstellung die Entwicklung des Mietspiegels und die Spannweite sowie Daten und Fakten zur Mietbildung und zum Mietspiegel. Er geht dabei auf die Verwendung der Mieteinnahmen ein, verweist auf das STEK-Wohnen sowie die Balanced-Scorecard und stellt Aspekte der Sozialverträglichkeit dar. Als Fazit geht er auf die ausgewogene Ausrichtung der Pro Potsdam ein, die eine Mietendifferenzierung, eine Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen, den Neubau und die Modernisierung von Wohnungen sowie vielfältige Beiträge zur Stadtentwicklung ausmache. Daran anschließend betont der Oberbürgermeister, dass das Unternehmen in die „Schieflage“ gerate, wenn der Antrag der Gruppe Die Andere oder der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen werde.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die Diskussion „gut“ finde, ebenso wie die Aufnahme dieses Themas in die Tagesordnung. Sicher würde ein Beschluss des vorliegenden Antrags „an der Sache“ vorbei gehen; trotzdem bleibe die Frage, wie man der sozialen Ausrichtung des städtischen Unternehmens gerecht werden könne. Deshalb schlage er eine jährliche Berichterstattung darüber vor, wie die genannten Schwerpunkte sich entwickelt haben.

Auf den Verweis von Herrn Schüler, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von diesem Vorschlag nicht so „weit weg“ sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass das dazu führen würde, Einzelmietverträge im Aufsichtsrat behandeln zu müssen, was in das laufende Geschäft der Pro Potsdam eingreife. Man könne sich aus dem Gesamtpaket nicht einen Teil herausgreifen, der gefällt und alles andere belassen – um ausgewogene Maßnahmen einzuleiten, die den Zielen des Unternehmens und seiner sozialen Ausrichtung entsprechen, wurde die Balanced-Scorecard ausgehandelt.

Auf die Nachfrage von Frau Heigl, ob günstige Wohnungen nicht in allen Stadtteilen zu schaffen seien, um Einkommensschwachen nicht nur bestimmte Wohngebiete anbieten zu können, verweist Herr Westphal auf die Praxis der flexiblen Bindung, die für Mieter mit besonderen Lebenslagen, wie z. B. eine vorübergehende Arbeitslosigkeit, initiiert wurde und eben diese Durchmischung erzielen solle. In den nächsten 3 – 5 Jahren wolle das Unternehmen testen, ob das funktioniere und inwieweit die Stadt auch über den festgelegten Zeitraum hinaus Unterstützung für die betroffenen Mieter geben könne.

Im Ergebnis der Diskussion sagt der Oberbürgermeister die nächste Berichterstattung über die eingeleiteten Maßnahmen und deren Erfolge für März 2012 zu und stellt anschließend den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister und die städtischen Vertreter/innen in den städtischen Unternehmen werden beauftragt sicherzustellen, dass die Pro Potsdam GmbH

beim Neuabschluss von Mietverträgen den gültigen Mietspiegel als Maßstab für die Miethöhe verwenden. Miethöhen, die die maximale Spannweite der zutreffenden Mietspiegelkategorie übertreffen, sind vom Aufsichtsrat der Pro Potsdam vor Ausschreibung zu genehmigen. Über die betreffenden Genehmigungen ist der Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich schriftlich zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2011 über die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Der Änderungsantrag wird mit 6 Nein-Stimmen, bei 1 Ja-Stimme und 5 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Anschließend wird der Antrag der Gruppe Die Andere mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister und die städtischen Vertreter/innen in den städtischen Unternehmen werden beauftragt sicherzustellen, dass die Pro Potsdam GmbH keine Mieten erhebt, die über dem derzeit gültigen Mietspiegel liegen.

In Fällen, in denen Mietpreise über dem Mietspiegel vertraglich vereinbart wurden, soll den Mieter/innen unaufgefordert eine Anpassung des Mietvertrages an den Mietspiegel angeboten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2011 über die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 5

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6 AVUS- / Fernbahnstreckensanierung

Vorlage: 11/SVV/0133

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 13. April 2011

neu Tierheim

Herr Dr. Scharfenberg begründet das Anliegen, eine Information zum Sachstand des Tierheims erhalten zu wollen, mit der in die Diskussion gebrachten Möglichkeit, das Grundstück in der Marquardter Straße auch als Standort nutzen zu können. Unter dieser Voraussetzung würde auch die Bürgerinitiative aktiv an der Realisierung mitwirken. Deshalb solle dargestellt werden, ob das Grundstück tatsächlich geeignet sei, damit ein Konsens zwischen den Beteiligten hergestellt werden könne. Da die Suche nach einem neuen Betreiber und einem neuen Standort bisher viel Zeit in Anspruch genommen habe, meine er, dass die Zeitschiene kein Argument dagegen sein könne.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass das Grundstück in der Marquardter

Straße im Jahr 2006 geprüft und wegen der fehlenden Erschließung, der Lage und der verkehrlichen Anbindung als nicht geeignet befunden worden sei. Der Tierschutzverein Potsdam und Umgebung, der seinerzeit in das Verfahren noch aktiv eingebunden war, hatte mit Schreiben vom 9.5.2006 aus den genannten Gründen das Grundstück für nicht geeignet erklärt. Außerdem habe es auch schon damals Bürgerbeschwerden gegeben; mit Schreiben vom 25.10.2006 hätten Anwohner gegen die Ansiedlung des Tierheimes protestiert.

Im Ergebnis der Einschätzung des Tierschutzvereines und der Bürgerbeschwerden habe die Verwaltung im Ferneren dann auf Einbeziehung der Marquardter Straße verzichtet.

Jetzt sei man mitten in einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren, in dem das Grundstück in Eiche als eine Option enthalten sei bzw. als zweite Option ein vom Bieter ggf. mitgebrachtes Grundstück. Letzteres sei jetzt der Fall - im laufenden Verfahren könne man aus rechtlichen Gründen die Bedingungen nicht einfach ändern und das Grundstück wechseln. Außerdem habe der Bieter bereits Geld für ein Lärmschutzgutachten in die Hand genommen, so dass mit entsprechenden Schadensersatzforderungen zu rechnen sei. Die Verwaltung habe trotz dieser rechtlichen Hindernisse beim Bieter wegen einer möglichen Nutzung der Marquardter Straße nachgefragt. Dieses habe der Bieter abgelehnt, weil das zur Ausschreibung gehörende Sozialprojekt bereits auf dem eigenen Grundstück etabliert und zwei Standorte ungünstig seien. Davon abgesehen wäre aus der Sicht der Verwaltung mit einer Belastung der Anwohner der Kienhorststraße zu rechnen, weil die Jugendlichen diese als Weg zwischen den Standorten täglich nutzen müssten.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Argumentation gegen den Standort in der Marquardter Straße „erdrückend“ sei, obwohl es im Jahr 2006 in Betracht gezogen wurde. Er betont, dass sich damit in einer Bürgerversammlung und im Ortsbeirat kritisch beschäftigt worden sei und hier die Interessen eines Bieters gegen die einer große Anzahl von Einwohnern stehe. Er fragt, was gegen eine Behandlung dieser Alternative im Ortsbeirat, in der Einwohnerversammlung usw. spreche.

Der Oberbürgermeister verweist nochmals auf das laufende Verfahren und darauf, dass es keinen Standort geben werde, gegen den sich kein Widerspruch der Anwohner erhebe. Wenn Proteste am Standort Marquardter Straße ausgeschlossen wären und es eine Chance der Realisierung ohne Schadensersatzforderungen gebe, würde er darüber nachdenken - aber dem sei nicht so. Deshalb solle für den jetzigen Standort geworben werden; außerdem sei er auch bereit, auf die Forderungen der Anwohner einzugehen.

Abschließend bittet Herr Wartenberg, die Ausführungen des Oberbürgermeisters und von Frau Müller-Preinesberger in die Niederschrift aufzunehmen.

zu 7

Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 11/SVV/0152

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Herr Exner informiert über die Stellungnahme des Ministeriums des Innern, die seit einigen Tagen der Stadtverwaltung vorliege. Da diese sehr umfangreich ist, verständigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, den Antrag bis zur Sitzung am 13.04.2011 **zurückzustellen** und die Stellungnahme mit der Tagesordnung auszureichen.

zu 8 **ÖPP in Potsdam**
Vorlage: 11/SVV/0117
Fraktion FDP
auch Werksausschuss KIS

zurückgestellt – da sich sowohl der Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen als auch der Werksausschuss KIS noch nicht mit diesem Antrag beschäftigt haben.

zu 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 9.1 **Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmal-pflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"**

Herr Klipp erläutert den derzeitigen Stand auf Grundlage des allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegenden Konzeptes und bittet, den auf Seite 3, 3. Absatz aufgeführten Begriff der „Verschmelzung“ zu entschuldigen und durch „Zusammenführung“ zu ersetzen. Das begründe sich darin, dass nicht beabsichtigt sei, die Strukturen der bisherigen Bereiche aufzulösen, sondern nur die Zuordnung zu neuen Fachbereichen. Der Oberbürgermeister unterstreicht diese Änderung, denn organisatorisches Eigenhandeln der einzelnen Bereiche solle auch weiterhin möglich sein.

Frau Dr. Schröter betont, dass die Fraktion DIE LINKE gegenwärtig noch kein Befürworter dieser Umgestaltung der Organisationsstruktur sei und hinterfragt, wie die mehrfach im Konzept aufgeführte „verbesserte Außenwahrnehmung praktisch gehen“ solle.

Herr Klipp macht deutlich, dass die Umgestaltung der Fachbereiche auch deshalb wichtig sei, weil derzeit praktisch zwei Stadtplanungsämter existieren und der Bürger meistens nicht gleich wisse, welches für seine Angelegenheit zuständig sei. Außerdem seien die Sanierungsgebiete nach und nach abgeschlossen, so dass das „normale“ Städtebaurecht wieder im Vordergrund stehe - die Zeit der großen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen gehe zu Ende. Ziel sei die Stärkung der Konzentrationswirkung der Bauaufsicht und eine schnellere Durchlaufzeit der Bauanträge.

Herr Lehmann betont, dass er der Umgestaltung ebenfalls kritisch gegenüber stehe und fragt, warum eine Optimierung nicht in den jetzt bestehenden Strukturen erfolge und ob die Umgestaltung „von unten“ durch die Einbeziehung der Mitarbeiter, des Personalrates und des Personalservices abgesichert sei.

Herr Klipp entgegnet, das Konzept sei das Ergebnis eines längeren Prozesses unter Einbeziehung aller Führungskräfte des Geschäftsbereiches und auch unter Einbeziehung des Personalrates. Damit sei der Prozess jedoch noch nicht zu Ende geführt und werde wie im Konzept dargestellt die Bildung einer Projekt- und Lenkungsgruppe nach sich ziehen (siehe Seite 5/6).

Selbstverständlich seien auch die Mitarbeiter rechtzeitig per Mail und direkt

informiert worden, es habe auch eine Gesamtpersonalversammlung gegeben, wo zahlreiche Fragen der Mitarbeiter beantwortet worden seien. Außerdem werden nicht alle Strukturen geändert; die untere Bauaufsicht bleibe z. B. bestehen, mit dem Ziel, die Aufgaben besser zu realisieren.

Auf das Angebot von Herrn Klipp Bezug nehmend, weitere Fragen schriftlich oder in einem Gespräch beantworten zu wollen, betont Herr Lehmann, dass der Prozess sicher kritisch begleitet und noch die eine oder andere Frage gestellt werde.

Frau Dr. Schröter verweist auf das Problem der personellen Kapazitäten und die im vergangenen Jahr gebildete Task Force zur Abarbeitung eines Antragsstaus. Herr Klipp verweist seinerseits auf eine entsprechend kritische Auswertung und eine veranlasste Organisationsuntersuchung der Unteren Denkmalschutzbehörde. Im Ergebnis dessen sei festgestellt worden, dass ausreichend Personal zur Verfügung stehe, der zuständige Bereich sich in der Vergangenheit aber wohl nicht auf seine Pflichtaufgaben konzentriert habe. In der Folge sei ein Monitoring eingerichtet worden, mit dem der Prozess überwacht werde, um zukünftig derartiges zu vermeiden.

Die Optimierung der Arbeit sei im Übrigen ein ständiger Prozess, der nicht ausgesetzt werde, bis der strukturelle Umbau der Bauverwaltung abgeschlossen ist.

zu 9.2 **Beschlusskontrolle**
Vorlage: 11/SVV/0187
Oberbürgermeister

Bezüglich der dazu vorliegenden Mitteilungsvorlage fragt Frau Dr. Müller, ab wann ein nicht erfüllter Beschluss in die Beschlusskontrolle aufgenommen werde, denn sie meine, die Liste sei nicht vollständig.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass diese Mitteilungsvorlage einen entsprechenden Vorlauf brauche, um in die Gremien zu gelangen und verweist auf das Erstellungsdatum im Februar 2011. Damit spiegle sie nicht unbedingt den aktuellen Stand wider, denn alle Beschlüsse aus der März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung konnten nicht berücksichtigt werden. Dieser Mangel könne erst mit Inbetriebnahme des Amtsinformationssystem beseitigt werden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass diese Liste erwartungsgemäß immer länger werde und nicht einzuhaltende, aber beschlossene Termine mit neuen Angeboten untersetzt werden, die jedoch oftmals als „voraussichtlich“ gekennzeichnet seien.

Das beziehe sich auch auf die Prioritäten Radverkehr“, wo es bereits eine Abstimmung gegeben habe. Er wolle nun wissen, wie weit die von der EWP erbrachten Leistungen gehen, um den Radweg zwischen Schlaatz und Stern befahrbar zu gestalten. Eine weitere Nachfrage ergebe sich aus der in der MV aufgeführten Terminstellung zum Beteiligungskonzept Drewitz, das nicht wie verabredet nach dem 2., sondern jetzt erst nach dem 3. Werkstattverfahren vorgelegt werden solle.

Herr Klipp informiert, dass die Verhandlungen mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH derzeit noch nicht beendet seien, was auf komplizierte Eigentumsverhältnisse der betroffenen Grundstücke zurückzuführen sei. Dafür werde ein Flurneuerungsverfahren benötigt; vorher seien keine Investitionen möglich. Als schnelle Lösung werde die Ertüchtigung des Wartungsweges

geprüft, um darauf komfortabel mit dem Fahrrad fahren zu können.

Bezüglich des Beteiligungskonzeptes Drewitz sei die Terminstellung Ende April 2011 weiterhin aktuell, auch wenn das 3. Werkstattverfahren nunmehr auch zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein werde. Die im 2. Werkstattverfahren gewählte Betroffenenvertretung werde im Beteiligungskonzept eine große Rolle spielen.

zu 9.3 **Übersicht Petitionen 2010**

Vorlage: 11/SVV/0127

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Frau Dr. Müller verweist auf die in der BbgKVerf enthaltenen rechtlichen Grundlagen und darauf, dass die Bürger meistens meinen, eine Petition eingereicht zu haben. Sie fragt, was mit den Bürgeranliegen passiere, wenn sie nicht den Anforderungen einer Petition entsprechen.

Herr Exner entgegnet, dass alles beantwortet werde, was beantwortet werden könne, auch wenn es den Anforderungen nicht gerecht werde.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass ihm 58 Petitionen für das ganze Jahr 2010 als sehr wenig erscheinen. Überdies interessiere ihn, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung aus den Schwerpunkten ziehe, auf die die Bürger ihre Petitionen richten und was mit den Petitionen passiere, die an den Oberbürgermeister selbst gerichtet sind.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass diese Petitionen in der Regel vom zuständigen Fachbereich beantwortet werden.

zu 9.4 **Prüfung Erweiterung Sponsoringberichterstattung auf städtische Mehrheitsbeteiligungen**

Vorlage: 11/SVV/0116

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

zurückgestellt - da dazu unabhängige Experten aus Korruptionsprävention und Wissenschaft im Ausschuss gehört werden sollen.

neu **Benkertstraße 1**

Frau Dr. Müller erläutert die aktuelle Sachlage und verweist darauf, dass das Objekt in der Benkertstraße 1 ursprünglich im II. Quartal dieses Jahres verkauft werden solle. Jetzt gebe es die Information, dass der 1. April als Verkaufsdatum zur Debatte stehe. Die Fraktion DIE LINKE habe Bedenken, dass der von ihr zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. April eingereichte Antrag zu spät beschlossen werde und das Verfahren schon abgeschlossen sei. Die Fraktion wolle alle diesbezüglichen Schritte stoppen und die dazu zu führende Diskussionen abwarten.

Herr Klipp verweist darauf, dass das Grundstück noch nicht ausgeschrieben sei. Der Oberbürgermeister betont, dass das Gerücht, die Pro Potsdam habe das Grundstück gekauft, nicht stimme und versichert, dass das Verfahren angehalten und das Thema erneut im Hauptausschuss debattiert werde.

zu 9.5

Rechte von Kindern

Vorlage: 11/SVV/0129

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Famili

Frau Müller-Preinesberger erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass der Ausschuss für Bildung und Sport sowie der Jugendhilfeausschuss diese bereits zur Kenntnis genommen haben. Sie informiert über die Ergebnisse der Untersuchung, in deren Rahmen gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendringes die aktuelle Beteiligungskultur der Stadtverwaltung analysiert worden sei.

Frau Dr. Müller betont den sehr hohen Informationsgehalt dieser Untersuchung und die zum Teil erschreckenden Informationen. Dazu stehe neben zahlreichen anderen Fragen die, wie man dem entgegen treten könne, z. B. durch die Aufnahme in das Konzept Bürgerkommune. Im Jugendhilfeausschuss sei auch die Frage diskutiert worden, wie nach Vorlage des Berichts weiter verfahren werden solle. Sie schlägt vor, in einem halben Jahr den Bericht wieder aufzurufen und zu diskutieren, welche Ergebnisse die angeschobenen Prozesse in der Verwaltung haben.

Der Oberbürgermeister betont, dass es hierbei auch um spezifische Formen der Bürgerbeteiligung gehe. Zu diesem Thema habe man in einem Gremium zusammengesessen, um eine entsprechende Mitteilungsvorlage vorzubereiten. Da es zahlreiche Formen der Bürgerbeteiligung gebe, sollte man diese nicht vollständig zentralisieren, sondern vorhandene Formen qualifizieren und wo notwendig auch das Thema „Kinder“ mit einbeziehen. In einer dazu einzurichtenden Schnittstelle werde dies thematisiert; außerdem werde er in seinem nächsten Bericht in der Stadtverordnetenversammlung dazu sprechen. Er schlägt vor, die Thematik erneut aufzurufen, wenn die Mitteilungsvorlage im Geschäftsgang ist.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 9.6

Information zur Neuverlegung der Hochspannungsleitung in Marquardt

Herr Klipp erklärt, dass die Bemühungen der Landeshauptstadt Potsdam erfolgreich verlaufen sind und es ein Planfeststellungsverfahren diesbezüglich geben werde. Im Rahmen dessen werden alternative Trassenführungen ebenso geprüft wie Maßnahmen, die die Belastung der Anwohner minimieren können. Nun werde es weitere Gespräche mit eon.edis und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe geben. Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich damit die Einladung von Vertretern des Wirtschaftsministeriums und eon.edis erledigt habe, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass die jetzt vorliegenden Ergebnisse nur ein erster Schritt sein können. Jetzt müsse der Boden so vorbereitet werden, dass sich eon.edis nicht aus rein wirtschaftlichen Interessen quer stellen könne, so dass die Bitte, Vertreter einzuladen bestehen bleibe.

Herr Dr. Grittner verweist in seinen Ausführungen darauf, dass es schon Alternativpläne aus der Zeit 1993 – 1996 gebe; er übergibt Kopien der Unterlagen an Herrn Klipp.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob die von den Marquardtern vorgeschlagene Variante in das Planfeststellungsverfahren mit einfließen könne, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Stadt im Rahmen dieses Verfahrens eine Variante favorisieren könne.

zu 9.7 Ausschreibung hinsichtlich der Vergabe von Management- und Marketingleistungen für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0267

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein und erläutert die vier Schritte des Verfahrens zur Vergabe von Management- und Marketingleistungen für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse.

Sie verweist darauf, dass zu der im Rahmen des Vergabeverfahrens einzurichtenden Auswahljury auch ein Vertreter der Gruppe „Potsdamer Demokraten“ gehören werde.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob der im Leistungsrahmen enthaltene Erwerb der Schinkelhalle erfolgen könne, aber nicht müsse, entgegnet der Oberbürgermeister, dass vor dem Hintergrund der Befürchtung, die Schinkelhalle werde separat vermarktet, diese Formulierung gefunden worden sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 10 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen bezüglich des **Ersatzbaus für das Palmenzelt** und fragt nach, ob die Information, die **Pontonbrücke am Griebnitzsee** sei nicht möglich, den endgültigen Stand beinhalte.

Bezüglich des Ersatzbaus für das Palmenzelt informiert Herr Klipp, dass der von ihm aufgestellte ambitionierte Zeitplan einer Prüfung nicht standgehalten habe, denn die beauftragten Büros bräuchten mehr als die von ihm eingeplante Zeit. Neuer Termin wird nun Ende Mai sein; diesen kenne auch Herr Lehmann von der Weißen Flotte; dieser sei verständlicherweise jedoch von der Terminverlängerung nicht begeistert.

Bezüglich der Nachfrage zum Griebnitzsee informiert der Oberbürgermeister, dass der Kaufvertrag zwischen der Stadt Potsdam und der Bima sowohl vom Bundesfinanzministerium als auch von der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg genehmigt worden sei. Zu der Idee, eine Pontonbrücke zu errichten, gebe es mittlerweile rechtliche Bedenken, weil der jetzt vorbereitete B-Plan wieder angreifbar wäre, wenn die Stadt selbst eine andere Wegführung schaffe, als im B-Plan vorgeschrieben.

Jetzt werde man wieder mit den Anwohnern ins Gespräch kommen – dies sei allerdings ein längerer Prozess, man sei aber auf einem guten Weg.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die rechtliche Begründung dazu den Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

Zu der von Herrn Schüler avisierten Nachfrage bezüglich der **Babelsberger Livenacht** (die bis zur Vorlage eines neuen Konzepts ausgesetzt wurde) wird vereinbart, dass die Fraktion Kontakt mit Frau Dr. Löbel aufnimmt, die über einen entsprechenden Antrag Babelsberger Gastronomen informieren könne.

Frau Dr. Schröter fragt bezüglich der **Sicherung der Mosaiken am ehemaligen Potsdamer Rechenzentrum** nach, ob Herr Klipp beabsichtige den KIS mit den

dazu notwendigen Schritten zu beauftragen. Herr Klipp entgegnet, dass der Mietvertrag mit dem Rechenzentrum noch 2 Jahre laufe und dann zeitnah über den „optimalen Standort“ entschieden werde. Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass das jetzt schon geprüft werden sollte, damit „nichts schief gehe“.